

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonntag: Morgen und am Montag: Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbagerasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, Rud. Wesse; in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger Zeitung.



Lotterie.

Bei der am 19. d. M. fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 139ter K. preuß. Klassen-Lotterie fiel 1 Hauptgewinn von 20,000 Thlr. auf No. 30,874. 2 Gewinne von 5000 Thlr. fielen auf No. 16,636 und 42,284. 4 Gewinne von 2000 Thlr. fielen auf No. 5820, 38,854, 53,933 und 80,912.

33 Gewinne von 1000 Thlr. auf No. 22 2066 2166 9303 14,500 15,173 17,149 19,159 22,024 23,888 25,567 29,608 29,989 30,809 34,375 35,404 39,083 41,385 45,538 47,754 48,286 55,858 57,610 58,363 69,797 69,859 71,474 84,744 86,239 89,680 90,389 90,859 und 93,656.

45 Gewinne von 500 Thlr. auf No. 3009 4468 5727 14,171 17,407 20,810 21,791 22,613 23,083 25,441 25,441 25,757 27,698 28,721 28,735 31,803 34,989 35,197 39,562 40,892 44,528 45,049 47,260 47,670 48,572 55,495 55,604 56,292 58,231 61,311 63,887 69,265 69,610 70,189 71,575 73,539 74,115 74,328 74,961 76,957 78,592 82,390 86,177 86,469 89,509 und 94,742.

75 Gewinne zu 200 Thlr. auf No. 2051 6323 7619 7860 7976 9998 10,674 10,934 11,061 11,826 12,883 14,642 14,684 15,470 15,783 15,976 16,858 17,886 18,391 22,032 22,162 22,676 23,294 23,745 23,977 24,625 25,404 25,495 26,848 28,550 29,401 32,106 34,628 39,851 41,596 42,076 42,236 44,655 46,091 46,143 48,704 50,160 50,764 54,428 54,629 54,783 56,428 58,358 58,865 61,092 61,270 63,717 66,067 68,250 68,671 72,843 72,902 73,112 73,232 75,543 76,663 79,016 79,310 81,356 82,613 83,374 86,605 86,737 87,245 88,114 89,277 89,910 90,034 91,514 und 94,847.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 9 1/2 Uhr Vorm.

Paris, 19. April. Die „France“ sagt, die französischen Minister hätten erklärt, die Unterhandlungen über die belgische Eisenbahnfrage könnten Fortgang nehmen, im Falle die französische Seite vorgeschlagene Basis angenommen werde, andernfalls sei die Unterbrechung der Unterhandlungen vorzuziehen. Der belgische Minister Frère-Orban hat um schriftliche Mittheilung der französischen Vorschläge gebeten. — „Public“ theilt mit, daß der Kaiser den Marquis de Lavalette wegen seiner jüngst in der Kammer gehaltenen Friedensrede beglückwünscht habe. (N. L.)

Florenz, 19. April. Die Deputirtenkammer beendete die Generaldiscussion über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Gesetzesbestimmungen, wonach die für das Priestertum in der katholischen Kirche und in andern Religionsgenossenschaften bestimmten Jünglinge militärfrei sind und nahm mit 223 gegen 25 Stimmen an, das Prinzip des Gesetzes zu genehmigen und zur Verathung der einzelnen Paragraphen überzugehen. (N. L.)

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Darmstadt, 19. April. Der von der großherzoglichen Oberstaatsanwaltschaft gegen die Freisprechung Damberger's und Genossen in Mainz erhobene Cassationsrecurs wurde vom höchsten Tribunal verworfen. (W. L.)

Brüssel, 19. April. Auf Veranlassung der Arbeitseinstellungen hat die Verhaftung von drei Mitgliedern des belgischen Comités der Association internationale stattgefunden, auch wurden bei denselben Hausdurchsuchungen angestellt. (W. L.)

— Die Aufregung im Districte Borinage dauert fort, die Arbeitseinstellung hat an Ausdehnung gewonnen; eine neue Sendung von Truppen ist dorthin abgegangen. (N. L.)

Bern, 19. April. Das Volk von Zürich hat gestern mit 34,441 Stimmen gegen 22,351 Stimmen die neue Verfassung angenommen. (N. L.)

Florenz, 19. April. Graf Usedom hat mit seiner Familie Florenz heute Morgen verlassen. Der Ministerpräsident Graf Menabrea, die fremden Gesandten und viele hervorragende Persönlichkeiten waren bei der Abreise gegenwärtig. (N. L.)

Das Reichsministerium.

Die Erwartung, welche sich an die Verathung des Twesten-Minister'schen Antrages im Reichstage knüpfte, ist nicht getäuscht worden. Sie war die wichtigste, welche dort seit längerer Zeit geführt wurde und bildet eine bedeutungsvolle Ergänzung zu den Verhandlungen des constituirten Reichstages über die Bundesverfassung.

Es zeigte sich dabei wieder einmal, wie nützlich es ist, wenn die Parteien sich zu einem ehrlichen, offenen Kampfe über die Grundzüge des Staatslebens entschließen. Das Streben der Liberalen nach dem deutschen Einheitsstaate konnte nicht besser als dadurch unterstützt werden, daß sie ihre Gegner auf dem kleinstaatlichen wie auf dem preussischen Gebiet veranlaßten, frei heraus zu sagen, weshalb sie nichts von der deutschen Einheit wissen wollen.

Dem Antrage lag, wie der Abg. Windthorst ganz richtig als dessen Gegner bemerkte, die Frage zu Grunde, ob Preußen im Bunde oder der Bund in Preußen ausgehen soll. — Die Minister v. Friesen und v. Wasendorf ermangelten nicht, ihr kleinstaatliches Grauen vor dem Verlangen der preussischen Liberalen kund zu geben, und der Bundeskanzler trat ihnen schützend zur Seite. Aber aus wie vielen Gründen! Es ist interessant, sich im Zusammenhange zu vergegenwärtigen, welche Bedenken Graf Bismarck gegen den Twesten-Minister'schen Antrag in seiner ungewöhnlichen Redefähigkeit vorbrachte. Der Antrag sollte 1) ein Vertrauensvotum gegen ihn und den Bundesrath enthalten, 2) die durch den Nordbund gewonnenen Zustände und damit dessen ganze Verfassung erschüttern, 3) seine Spitze gegen die süddeutschen Regierungen richten, 4) die Scheidung des Nordens von dem Süden verstärken, 5) die begonnene Decentralisation Deutschlands führen, und 6) Bismarck ein System der Minister-Collegialität aufdrängen, das er haßt und für den größten staatsrechtlichen Fehler der Gegenwart hält. — Der letztere Punkt war der interessanteste in Bismarck's Auseinandersetzungen. Es war neu, daß er dem Constitutionalismus so schroff gegenübersteht. Den Parlamentarismus will sich Graf Bismarck wohl gefallen lassen, weil er seinen Zwecken dienen kann, aber das Regieren mit ihm gleichberechtigten Ministern ist ihm ein Gräuel. Er möchte ein Minister

sein, wie einst der Großenpostonair der Niederlande, dem nur der Statthalter als Kriegsheer zur Seite stand, oder — wie Pipin, setzte später der Abg. Windthorst spottend hinzu, wobei aber der Bundeskanzler vergißt, daß ein solcher nur in der Zeit der Merowinger möglich war. Graf Bismarck denkt auch nicht an die Stellung, welche der Premierminister in England einnimmt, fügte Lasker hinzu. Er ist das Haupt seiner Partei, er vertheilt die Portefeuilles und regiert mit seinen Genossen nach denselben Grundrissen und mit vereinter Kraft. Wenn Graf Bismarck keine solche Genossen hat, an wem liegt die Schuld? Doch nur an ihm, an seinem Mangel an einem Regierungssystem und einem festen Programm!

Graf Bismarck klagt darüber, daß es entsetzlich schwer sei, acht Leute zu überzeugen, weil jeder von ihnen bürokratischen Ansichten folge, in denen er von seinen Räten geschützt werde. Oft müsse man durch diese Räte die Minister gewinnen und zuletzt gebe es Entscheidungen, an die man an das Spiel mit Kopf und Schrift erinnert werde. In der That! Das ist die alte Regierungsweise in Preußen, die stets dessen Unheil war, und über die wir kürzlich aus Barnhagens Blättern zur preussischen Geschichte so ergötzliche Berichte aus den 20er Jahren erhalten haben. Nach Hardenbergs Abfall vom liberalen Prinzip trat ein wahres Chaos in der Regierung ein, das sich in einem wahren Krieg der Behörden gegen einander kund gab. Jedes Zusammenwirken hörte auf, alle Grundzüge gingen verloren, und es wurde aufs Frivolste mit allen Maßregeln im Steuerwesen, in der ganzen innern und äußern Politik experimentirt. So schlimm ist es im constitutionellen Staate nicht mehr, aber es fehlt in ihm an jeder Kraft in der Entwicklung, weil der Geist dazu mangelt. Unsere Gesetzgebung kommt nicht vorwärts, weil die alte conservative Bürokratie unfähig dazu ist und die liberalen Beamten nicht zur Verathung zugelassen werden. Die vom Grafen Eulenburg in jüngster Zeit entworfene Kreisordnung war so schlecht, daß Graf Bismarck sie selbst als unbrauchbar bezeichnete und verbesserte, aber auch seine Redaction mußte von den Vertrauensmännern als unannehmbar erklärt werden. „Zwei harte Steine mahlen schlecht, aber acht harte Steine noch viel schlechter“ sagt Graf Bismarck. Hr. v. d. Heydt, Graf Eulenburg, Hr. v. Mülller mögen sich für dieses Compliment bedanken, aber das Volk wird doch auch wohl so frei sein dürfen, zu bemerken, daß es für sein gutes Mahlgeld auch gutes Mehl haben will.

Wenn für Preußen kein liberales Ministerium zu erlangen ist, so ist es vielleicht zu erreichen, daß der Reichstag so viel leitende Hauptminister bestellt, um die an Prinziplosigkeit leidenden Minister in Preußen zu überflügeln und unschädlich zu machen. Graf Minister meint, Graf Bismarck müsse eine solche Hilfe dankbar annehmen, seine Macht als Bundeskanzler würde wesentlich gestärkt werden, wenn er Genossen erhielte, die ihm ausführen helfen, was Liberale wie freigeistige Conservative verlangen. Darüber brach eine allgemeine Heiterkeit im Hause aus. Bismarck will sich nicht dazu verstehen, in Disraeli's Fußstapfen zu treten; er möchte eben lieber Louis Napoleons Wege gehen, und sich als Hilfsarbeiter nur solcher bürokratischer Kräfte bedienen, die er nach seinem Willen lenken kann. Als allmächtiger Bundeskanzler kann er dann die harten Mahlstene in Preußen ihrem Schicksal überlassen, sich abzuarbeiten und selbst unbrauchbar zu machen. Da der Bund nicht seine Ausschüsse mit guten Dirigenten und ist nicht in seinen Bureaux alles in trefflicher Ordnung? Was liegt daran, ob die Dirigenten Minister heißen? — Doch, Herr Bundeskanzler, darin liegt sehr viel, das hätte Ihnen Twesten's treffliche Rede über die Nothwendigkeit des Reichsministeriums sagen sollen. — Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob wir bloße Abtheilungsdirectoren vor uns haben, welche von dem Willen des Kanzlers abhängen, oder Minister, welche dem Reichstag dafür verantwortlich bleiben, daß sie die Gesetzgebung im Einklang mit ihm fördern. — In der Ebenbürtigkeit, welche diese Männer mit dem Bundeskanzler haben würden, liegt die Nothwendigkeit für sie, auch den Bundeskanzler zum Fortschreiten zu bringen.

Liegt doch jetzt die dringende Veranlassung vor, ein Finanzsystem für den Nordbund zu schaffen, welches die Einnahmen des Bundes erhöht, ohne immer neue Anleihen nöthig zu machen und auf neue Steuern zu denken. Herr v. d. Heydt's Finanzkunst besteht nur hierin: er hat keine Ahnung von dem in England besolten System, was sich schon so glänzend bewährt hat, durch die Herabsetzung der Finanzzölle die Verzehrkraft des Volkes so viel zu steigern, daß die lästigen Steuern dadurch vermindert und aufgehoben werden können. Wie dürfen einem Minister wie Herrn v. d. Heydt neue Steuern bewilligt werden, der sich nicht einmal zu dem wichtigen Princip der Contingentirung der Steuern verstanden hat?

Eben so schlagend ist der Grund, welcher die Ernennung eines Reichs-Justizministers erfordert. Wer bürgt dem Reichstag dafür, daß die von ihm berathenen Gesetzentwürfe für die Reform der Rechtspflege auch in dem preussischen Landtage zur Anerkennung kommen, wenn kein Minister dafür einsteht? Die wichtige Verathung über den Civilprozeß steht in nächster Zeit bevor. Wer soll da die Beratungen leiten und dem Reichstage sagen, was annehmbar ist oder nicht. Der Bundeskanzler? Er versteht selbst ein, daß er nicht Alles versteht, was er zu leiten hat, und dazu wird auch wohl die eigentliche Rechtswissenschaft gehören, da die Studien, welche Graf Bismarck darüber in seiner Jugend gemacht hat, wohl nicht sehr tief waren.

Müssen wir doch selbst bezweifeln, ob er jemals die Staatswissenschaften ernstlich studirt hat, und daß seine Kenntniß der Geschichte sehr mangelhaft ist, hat er erst jetzt wieder bewiesen. Es läßt sich kaum oberflächlicher über das Wesen und den Character der Süddeutschen urtheilen, als er

es gethan hat. Graf Bismarck läßt dabei die Verfassungskämpfe seit 1815, die wichtige Entwicklung Badens, dessen Erhebung im Jahre 1848—49 für die eigene Freiheit wie für die Reichsverfassung ganz außer Acht, und urtheilt nach den jetzigen Demonstrationen der Preußenfeinde in Alt-Bayern und Württemberg, ohne die dortige Fortschrittspartei und die deutsche Partei in Betracht zu ziehen. Wäre das wohl in der liberalen Presse erlaubt?

Graf Bismarck setzt sich dadurch dem Verdacht aus, daß er nur nach den Berichten der Kreuzzeitung urtheilt, und das wird er doch nicht wahr haben wollen. Sagte er doch am Schluß seiner Rede, über das zu erstrebende Ziel sei er mit den Antragstellern einig, auch er wolle Deutschland im Norden wie im Süden die Gestalt geben, in der es am stärksten und am einigsten ist; nur in den Wegen gingen sie auseinander. Wenn aber zwei Leute nach links und rechts auseinandergehen, können sie nicht zusammentreffen.

Das hat Graf Bismarck nicht bedacht. Wir müssen aber befrachten, daß nach diesem Auftreten des Grafen Bismarck als preussischer Partikularist das gemeinsame Handeln desselben mit den Liberalen so beschränkt werden wird, daß es bald ganz aufhören wird. Graf Bismarck wird für die Decentralisation Deutschlands fortwirken, während die Liberalen darauf zu denken haben, eine Verbindung mit ihren Bestimmungsgenossen in Süddeutschland herzustellen, welche die Sache der deutschen Einheit fördert. Wenn dann Graf Bismarck zu der Anerkennung genöthigt wird, daß er Süddeutschland unrichtig beurtheilt hat, wird ihn die Macht der Thatsachen auch zu einem neuen Compromiß nöthigen. Wir wollen wünschen, daß es dazu recht bald kommt.

Norddeutscher Reichstag.

22. Sitzung am 19. April.

Antrag von Miquel und Lasker: „An die Stelle der Nr. 13 des Artikels 4 der Verfassung des Norddeutschen Bundes tritt die nachfolgende Bestimmung: die gemeinsame Gesetzgebung über das gesammte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren, einschließlich der Gerichtsorganisation.“ Diese lautet bisher: „Der Aufsichtigung des Bundes und der Gesetzgebung desselben unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten: ... 13) die gemeinsame Gesetzgebung über das Obligationenrecht, Strafrecht, Handels- und Wechselrecht und das gerichtliche Verfahren.“ Abgeordn. Miquel: Der Antrag bezweckt eine Verfassungsänderung, aus Rücksicht auf vermeintliche partikuläre Interessen darf man nicht ein wahres Bedürfnis der Nation unbefriedigt lassen. Der Reichstag muß mindestens competent sein, seine eigene Competenz zu erweitern, das wird selbst College-Windthorst als Jurist nicht bestreiten. Man sagt zwar: Wenn das bürgerliche Recht einheitlich geordnet werde, so führt das zum Einheitsstaate. Preußen und Hannover, die beide mehrere Rechtssysteme haben, beweisen, daß Verschiedenheit des bürgerlichen Rechts vereinbar ist mit dem Einheitsstaate. Das römische Reich, gewiß kein Einheitsstaat, hatte einheitliches Civil- und Privatrecht. Die nationale Zusammengehörigkeit legt ein einheitliches bürgerliches und Privatrecht voraus, seine Herstellung liegt im Interesse der Nation wie der Einzelstaaten. Unsere Aufgabe ist die großartige Rechtsverschiedenheit zu verschmelzen in ein deutsches gemeinsames Rechtsbuch, hier muß der Reichstag die Initiative ergreifen. Wenn der Bund die Sache ablehnt, so wird Preußen ein Rechtsbuch für den preussischen Staat herstellen (sehr wahr!) und die Kleinstaaten dies Rechtsbuch einfach acceptiren, ohne bei der Verathung mitgewirkt zu haben (sehr wahr!). Es liegt also im Interesse der Einzelstaaten, die Sache zu betreiben. Als der Justizminister im Abgeordnetenhaufe seine Gesetz einbrachte, sagte man: „Das wäre etwas für den Bund.“ Ein Vertreter aus Mecklenburg tritt zwar allen Anträgen auf Kompetenzerweiterung stets entgegen, weil dadurch dem Einheitsstaate zugestimmt würde. Sollte diese Gefahr aber wirklich vorhanden sein, so werden wir sie durch künstliche Mittel nicht abwenden können. — Der zweite Theil des Antrags bezieht sich auf die Gerichtsorganisation. Es ist nicht möglich den Civil- und Criminal-Proceß gemeinschaftlich zu emaniren, ohne einzugreifen in die Organisation der richterlichen Behörden, ohne die Gestaltung der Gerichtshöfe dabei in Betracht zu ziehen. Nehmen Sie also unseren Antrag an. Wer für denselben stimmt, wird dadurch einen neuen Ceffein der Zusammengehörigkeit der deutschen Nation mit setzen helfen, der mächtiger und stärker ist, als alle Heere und Flotten, die wir bewilligt haben. (Beifall.) — Abg. Wagener: Mit dem Monopol der Nationalliberalen auf liberale Gesinnung ist es vorbei; wir sind ebenso national und patriotisch wie Sie und waren es früher noch mehr (Heiterkeit). Ich bestreite hier die Competenz des Reichstags, das wird mir leicht werden, weil ich es auctore Twesten thue. Die bezüglichen Aeußerungen mögen Ihnen unbequem sein, aber desavouiren werden Sie sie nicht, weil Herr Twesten nicht der schlechteste, sondern, natürlich Hr. Lasker ausgenommen, Ihr bester Jurist ist (Heiterkeit). Derselbe sagt: Niemand könne sich seine Competenz selbst geben. Der Reichstag hat nach Art. 23 nur das Recht innerhalb der Competenz des Bundes Gesetze vorzuschlagen. Die Competenz der Bundesgesetzgebung beruht auf Verträgen zwischen den Einzelregierungen und ihren Landtagen. So gut wie jetzt die Regierungen, könnten Sie einmal die Einzel Landtage vergewaltigen wollen und beschließen, daß beispielsweise das preussische Budgetrecht vom Reichstage ausgeübt werde. Wir fürchten uns nicht vor größerer Centralisation, wir stimmen gegen den Antrag aus Furcht, man könne uns allmählig Dinge importiren, die uns um manches in Preußen vorhandene Gute bringen. Ich vertraue dem patriotischen Sinne der Einzelregierungen und will dem Reichstage keine solche Competenz geben, daß wir künftig nur auf seine Beschlüsse angewiesen sein sollen. — Abg. Dr. Friedenthal:

Ich besitze selbst genug preussischen Particularismus, aber dagegen erkläre ich mich doch, daß die preussische Rechtsentwicklung von dem Rechtsleben der Nation abgehoben fortbestehen soll. Der vorliegende Antrag schafft der Rechtswissenschaft eine Grundlage, die mit dem Aufhören der ausschließlichen Geltung des gemeinen Rechts verloren wurde. In Betreff der Gerichtsorganisation die Kompetenzerweiterung des Bundes anzustreben, ist wahrhaft conservativ und im Sinne der Bundesverträge (lebhafter Beifall). — Abg. v. Zehmen: Sachsen ist mit seinem Gesetzbuch zufrieden, Rheinland hängt an seinem Code, der preuß. Justizminister wird das Landrecht auch nicht in die Spree werfen, höchstens kommt bei dem Antrage die Ausdehnung des preuß. Rechts auf den Bund heraus (Widerspruch). Einheitsliches Recht müßte auch Süddeutschland umfassen. Die Ansicht unter die höchste Instanz des preuß. Obergerichts zu kommen, kann uns nicht zum Aufgeben der Justizhoheit in den Einzelstaaten reizen. Wir Sachsen wollen nach unserer Fagon selig werden, nicht nach dem Recept der Herren Lasker und Twisten. Wenn Sie uns so allmählig die Kehle zuschnüren, hat man keinen Sinn mehr für die Wohlthaten des Bundes. Noch existirt das Bundesministerium Twisten-Münster-Lasker nicht, und für den Fall einer Krise, die doch über Nacht kommen kann, haben Sie nicht solchen Ueberfluß an Bundesgenossen, um die Kleinen entbehren zu können. Unsere Pflicht würden wir natürlich auch dann thun, aber verdroffen. Nur der Absolutismus kann Deutschland zum Einheitsstaat machen, ich glaube, daß Liberale dieses Ziel fördern. Lassen Sie uns friedlich im Bunde neben einander leben, aber bleiben Sie uns mit solchen Anträgen vom Leibe. — Abg. Schulze hält die Kompetenz des Reichstages für zweifellos, der Antrag will nicht mit einem Schläge ein neues Gesetzbuch, sondern nur einzelne Bedürfnisse befriedigen. Das historische Recht, das verschiedene patricularistische Gestaltungen angenommen, kann national geeint werden ohne Revolution und tabula rasa. Bedenklich ist es aber, gleich mit dem Zusammensturz des Bundes zu drohen. Sollte wirklich in Sachsen ein so kleiner Anlaß zur Kündigung des Bundes führen, so würde das einen Zustand voraussetzen, der auch ohne den vorliegenden Antrag zum Ausbruch kommen müßte und dessen wir uns auch mit dem Antrage zu erwehren wissen würden. Abg. Windthorst: Der einzige Zweck des Antrages, dem Bundesrathe eine Anregung zu geben, könnte auch durch eine Resolution erreicht werden. Unzweifelhaft kann die Kompetenz des Bundes nur auf dem Wege seiner Entstehung, dem des Vertrages, ausgedehnt werden. Außerdem müßten practische Bedenken vor Annahme des Antrages warnen. Man sollte die Frage nicht auf die Spitze treiben, denn es ist nicht gut den Leu zu wecken. Der Sturm krümmt sich auch, wenn er getreten werden soll, und wenn Sie auf diesem Wege fortfahren, so könnte eine sehr unangenehme Krümmung eintreten. (Heiterkeit.) Respectiren Sie den Geist der Verfassung, wie er am Freitag vom Herrn Bundeskanzler Ihnen entwickelt wurde. Die Absicht ging hiernach dahin, den Einzelstaaten nicht mehr Rechte zu entziehen, als zum Bestehen des Ganzen durchaus nothwendig waren. Brückensichtigen Sie dies auch jetzt, sonst tritt eine Reaction ein, und sie ist — wie mir scheint — bereits stark im Werden. (Hoh.) Auch materiell ist der Antrag unannehmbar, denn was kann nicht alles unter dem „gesamten bürgerlichen Recht“ verstanden werden? Die Organisation der Gerichte soll ebenfalls gleichmäßig geregelt werden, damit würden wir aber nur unnothig in lokale spezielle Verhältnisse, Prüfungen, Besoldungen etc. eingreifen um sie nach einer Schablone zu gestalten. Mir scheint, der Antrag ist gestellt worden, weil man eine ziemlich populäre Sache benutzen wollte, um zu Gunsten des Bundes die Einzelstaaten zu beschränken. Ich glaube, es ist nicht wohl gethan, ohne dringende Noth an Verfassungsbestimmungen zu ändern; in einem Hause, wo alle Tage gehämmert wird, wohnt man nicht gern, und wenn ich irgend eine Autorität hier hätte, so würde ich die Reichszimmerleute bitten, ihre Arbeit ein wenig einzustellen. — Abg. Dr. Braun: Der Bundeskanzler soll am besten beurtheilen können, ob solche Anträge hier gestellt werden können. Nun, er hat diese Frage ausdrücklich bejaht. Die Ausführungen des Abg. Windthorst werden ihn schwerlich schützen vor dem Vorwurfe, daß er ein Revolutionär sei (Heiterkeit), denn diese Ausführungen sind fast wörtlich entnommen dem Contrat social von Rousseau. Es bestätigt sich auch hier das alte Sprichwort: Magna ingenia conspirant. (Heiterkeit.) Wir aber fassen den Staat nicht als eine Actiengesellschaft auf. (Heiterkeit.) Es hat 1867 nicht in unserer Absicht gelegen, einen Bund auf Actien zu gründen, sondern einen festen Körper. Die deutsche Nation bedarf eines Körpers. Heute noch zu behaupten, es existire kein deutscher Staat, man müßte immer erst Umfrage halten bei allen Kammern und Regierungen, und wenn auch nur eine davon „Nein“ sagt, denn könne man nichts thun, das heißt das Jahr 1866 läugnen, das heißt die Bundesverfassung läugnen, weiter nichts. Hr. Windthorst sagt ferner: Eine Verfassung könne nur auf dem Wege, wie sie zu Stande gekommen, geändert werden. Nach dieser Anschauung könnten ja auch octroyirte Verfassungen nicht anders geändert werden, als durch neue Decretierungen (Heiterkeit). Diese Theorie läuft auf eine Negation des nordd. Bundes hinaus. (Zustimmung). Der Abg. Windthorst will den Bund mediatisiren unter die Territorialgewalten, den Bundesrat machen zu einer bloßen Gesandtenconferenz und den Bundeskanzler zum Briefträger zwischen Reichstag und Bundesrat. Der Abg. v. Zehmen nun hat uns einen Tractatus gehalten über den verdrücklichen Bundesgenossen (Heiterkeit) in seiner Eigenschaft als Verkörperung des königlichen Sachsen. Ich will mich nicht in diesen inneren sächsischen Krieg einmischen; in demselben Augenblicke, wo er uns zuruft, wir müßten doch innehalten mit Verfassungsänderungen, der sächsische Minister v. Friesen uns eia „Bis hierher und nicht weiter“ entgegen gedonnert hat, wird von diesem Minister ein Gesetzentwurf eingebracht, der gerade das Gegentheil von dem bezeugt, was die Herren aus Sachsen wollen, ich meine das Gesetz, betreffend einen Handelsgerichtshof. Ist das denn nicht eine Verfassungsänderung? Ist es nicht eine Kompetenzerweiterung? Wenn wir dieser Richtung nachgeben wollten, so lösen wir den Bund wieder auf und geben Sie wieder zurück unter die österreichische Fremdherrschaft, unter der Sie sich früher befunden haben. Proben Sie es dann einmal mit der österreichischen Finanzherrschaft, treten Sie aus dem Bollenverein aus und sehen Sie zu, welche wirtschaftliche Vortheile Sie davon haben werden. Wenn Sie das nicht wollen, dann machen Sie nicht immer solche Andeutungen, die Erfolge des Jahres 1866 null und nichtig zu machen. Sachsen erfreut sich einer großen Freiheit mit Bezug auf die Landesgesetzgebung und hat davon gerade in der letzten Zeit

einen außerordentlich ausgiebigen Gebrauch gemacht. Ich bin durchaus nicht so sehr leidenschaftlich für den Antrag bewegt; ich spreche dafür nur, provozirt durch die Aeußerungen der von mir genannten Herren, und wenn ich Sie auch auf der rechten Seite bitte, für den Antrag zu stimmen, so thue ich das, damit Sie durch Ihr Votum den thatsächlichen Beweis führen können, daß Sie nicht Anhänger der Theorie des Herrn v. Zehmen sind. (Beifall.) Abg. Schwarz: Obgleich man juristisch dem Antrage vollständige Sympathie zuwenden müßte, so würde er doch Rechtsunsicherheit in den Kleinstaaten hervorbringen, das Recht muß aus dem Volke hervorgehen, es kann nicht gemacht werden. — Nach Schluß der Discussion verliest Abg. Lasker eine Reihe von Aeußerungen des Abg. Windthorst, die mit seinen heutigen Ausführungen in frappantem Widerspruch stehen und mit lebhaftem Zurufen aufgenommen werden. Alle verlesenen Stellen beweisen, daß Hr. Windthorst und seine partikularistische Freunde nicht zweifeln, daß die Bundesverfassung sich aus sich selbst entwickeln könne. Schon ehe der Bund existirte, hat man Hand angelegt an die Herstellung eines gemeinamen deutschen Gesetzbuchs. Das wird Herr v. Zehmen wissen. Gätten die Gegner heute die Tagesordnung über den Antrag verlangt — immerhin! Aber in keinem Fall darf das Haus Herrn Windthorst's Zweifel an seiner Kompetenz adoptiren und weil er heute darüber im Dunkeln zu sein behauptet, sich ebenfalls darüber im Dunkeln zu befinden beschließen. (Beifall.) Persönliche Bemerkungen. Abg. Windthorst: Ich bitte die Herren, die stenographischen Berichte nachzulesen, daß ich die Dinge nicht in jener Weise auf die Spitze gestellt habe. Mir zu Liebe thut kein Mensch was, ich verlange auch von keinem was. (Heiterkeit.) Die zweite Rede, die Hr. Lasker von mir vorlas, wurde damals fast gar nicht gehört und heute hatte sie fast gar keine Unterbrechung. (Heiterkeit.) — Abg. Graf Bassewig: Der Abg. Miquel sagte: ein Vertreter Mecklenburgs käme immer darauf zurück, vor dem Einheitsstaat zu warnen. Wenn er mich gemeint hat, bitte ich es mir zu sagen (Heiterkeit). (Abg. Miquel nicht zustimmend.) Er scheint mich zu meinen (Heiterkeit), dann bitte ich, mir den einzelnen Fall nachzuweisen, dann werde ich persönlich antworten. — Abg. Dr. Schwarz: Wenn der Abg. Lasker vom Kinderlauben gesprochen hat, so bemerke ich, daß ich diesen Kinderlauben bei recht großen Kindern gefunden habe, und daß hochgereifte Leute die Einheit des Rechts als ausschließliches Moment betont haben. (Heiterkeit.) — Präsident: Ich glaube, die Erörterung des Kinderlaubens lag außerhalb einer persönlichen Bemerkung. (Heiterkeit.) — Für Verweisung an eine Commission stimmt fast niemand, so daß der Antrag zur zweiten Lesung kommt.

Gewerbeordnung. §§ 50—52 werden ohne Discussion mit unwesentlichen Abänderungen angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag.

* Berlin, 19. April. [Zur Geschichte von 1866.] Die Wiener „N. Fr. Pr.“ theilt aus dem vierten Bande des österreichischen Generalstabswerkes über den Feldzug von 1866, welcher demnächst erscheinen wird, die folgende bisher nicht veröffentlichte Depesche mit, welche Graf Bismarck am 20. Juli 1866 an den preussischen Gesandten in Paris, Grafen v. d. Goltz, richtete: „Der König hat zu dem Waffenstillstande seine Genehmigung erteilt. Varral, der ebenfalls hier ist, erbittet sich Instruction und Vollmacht von Florenz. Es ist zweifelhaft, ob diese so rasch eintreffen können. Der König hat sich nur sehr schwer und aus Rücksicht auf den Kaiser Napoleon hierzu entschlossen, und zwar in der bestimmten Voraussetzung, daß für den Frieden ein bedeutender Territorial-Erwerb im Norden Deutschlands gesichert sei. Der König schlägt die Bedeutung eines Nordd. Bundesstaates geringer an als ich und legt demgemäß vor Allem Werth auf Annexionen, die ich allenfalls neben der Reform als Bedürfnis ansehe, weil sonst Sachsen, Hannover für ein intimes Verhältnis zu groß blieben. Der König bedauert, daß Euer Excellenz nicht an dieser Alternative des Programmes vom 9. nach dem Schlußfasse der Depesche bis auf Weiteres festgehalten haben. Er hat, wie ich zu Ihrer ganz intimen persönlichen Directiv mittheile, geäußert: „Er werde lieber abhandeln, als ohne bedeutenden Ländererwerb für Preußen zurückzutreten“ und hat heute den Kronprinzen hierher gerufen. Ich bitte Euer Excellenz, auf diese Stimmung des Königs Rücksicht zu nehmen. Noch bemerke ich, die französischen Punkte würden uns, vorausgesetzt eine Grenzregulirung mit Oesterreich, auch als Präliminarien für den Separatfrieden mit Oesterreich genügen, wenn Oesterreich einen solchen schließen will — sie genügen nicht für den Frieden mit unseren übrigen Gegnern, besonders in Süddeutschland; ihnen müssen wir besondere Bedingungen machen, und die Mediation des Kaisers, die sie nicht angerufen, bezieht sich nur auf Oesterreich. Wenn auch wir Italien gegenüber frei wären durch Cession Venedigs, so können wir doch Italien nicht frei lassen, bevor das im Tractate für uns stipulirte Aequivalent Venedigs uns gewährt ist.“ Das Buch enthält nach den Mittheilungen der „N. Fr.“ noch andere interessante Enthüllungen. So war die Integrität Sachsens bei dem Nicolburger Frieden sehr bedroht. Namentlich, sagt der officielle Bericht, fand der König von Preußen, der die sächsische Regierung als die Urheberin aller Verwickelungen betrachtete, es unbillig, Sachsen allein unverseht aus dem Kampfe hervorgehen zu lassen; der Leipziger und Bautener Kreis sollten mindestens zum Opfer fallen. Doch verweigerte Oesterreich jede Nachgiebigkeit in diesem Punkte, auch Frankreich nahm sich Sachsens an, und so ging man preussischerseits am 25. Juli darauf ein, daß die Integrität Sachsens erhalten bleiben solle. Dagegen leistete Graf Bismarck ebenso entschieden Widerstand gegen die österreichische Forderung, daß Sachsen sich dem süddeutschen Bunde anschließen soll. Er erklärte die Verhandlungen für beendet, wenn Oesterreich auf dieser Forderung bestünde. „Er sei“, erklärte er, „hierin so unerschütterlich, daß er, wenn der König selbst es ihm befähle, augenblicklich seine Entlassung nehmen würde.“

[Dis-membrationsverfügung.] Die Vertheilung der auf behauten Grundstücken haftenden Renten soll nach einer eben erlassenen Verordnung künftig bei eintretender Dis-membration, nicht mehr nach Verhältnis der Grundsteuer-Neinerträge und Gebäudesteuer-Nutzungswerte, sondern stets nach den Grund- und Gebäudesteuerbeträgen, d. h. nach den, von dem ungetheilten Grundstücke, resp. dessen einzelnen Theilen zu zahlenden Grund- und Gebäudesteuer-Summen stattfinden, wenn auch mit der Maßgabe, daß je nach der mehr oder minder guten Beschaffenheit der Gebäude eine größere oder geringere Quote des Gebäudesteuerbetrages in Abzug gebracht werden kann.

Wie es heißt, ist mit Sachsen ein Vertrag zum Abschluß gekommen, betreffend die Beseitigung der doppelten Besteuerung

der gegenseitigen Staatsangehörigen. Nach demselben soll der Gewerbebetrieb am Betriebsorte, das Einkommen dagegen am Wohnsitze des Gewerbetreibenden besteuert werden. Ein gleicher Vertrag soll mit Hessen bevorstehen. (H. N.)

Wiesbaden. [Reg.-Präsident v. Dieß.] Wie der „Post“ geschrieben wird, soll die Abberufung des Herrn v. Dieß im Ministerium des Innern bereits feststehen; es soll nur noch zweifelhaft sein, ob man ihn nach Coblenz oder nach Danzig versetzen wird.

England. London. [Interpellation.] Sir Henry Lytton Bulwer wird Freitag an den Unterstaatssecretair des Auswärtigen die Interpellation stellen, ob die Regierung beabsichtige, ihre gegenwärtige unbefriedigende Stellung der Regierung in Spanien gegenüber ferner beizubehalten, und die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Mangel officieller Beziehungen zu Spanien richten.

[De.imal-Ablehnung.] Der Gemeinderath der City lehnte in seiner letzten Sitzung, welche bei verschlossenen Thüren gehalten wurde, einen Antrag ab, dem verstorbenen Prinzen Albert ein Marmordenkmal in der City zu setzen, dessen Kosten 3000 Guineen nicht übersteigen sollten.

[Pres-freiheit.] Die Regierungs-Vorlage über Zeitungen und Flugchriften bezweckt die Aufhebung der letzten Einschränkungen der Pressfreiheit. Oeffentliche Lesezimmer sollen weiterhin keiner besonderen Genehmigung mehr bedürfen; der Drucker seiner Zeitung soll keinen Bürgen mehr zu stellen brauchen. Als einzige Beschränkung bleibt die, daß der Drucker bei einer Geldbuße bis zu 5 £. verpflichtet ist, auf jede Druckschrift seinen Namen mit Wohnungsangabe abzurufen.

Frankreich. Paris. [Versprechungen.] Die Wohlangelegenheit beherrscht so sehr die Lage, daß die Inspirirten den Lehrern, den Feldhütern u. s. w., die Zulage erwarten, förmlich den Hof machen. Die „France“ bemerkt dazu: „Die Regierung wird sich nicht darauf beschränken, das Loos der alten Soldaten zu verbessern, sie wird auch für den öffentlichen Unterricht und für alle zu niedrig besoldeten Dienstzweige etwas thun. Wir erblicken darin einen neuen Beweis des berechtigten Einflusses der Majorität auf den Gang der Angelegenheiten. Auf diesem Zusammenwirken beruht die Kraft unserer Institutionen.“ Alle Beamten unter 2000 Fr. sollen in diese Aufbesserung eingeschlossen werden. Wenn die Feldhüter also, die bei den Wahlen wichtige Personen sind, den Erwartungen entsprechen und das Glück gut ist, so kann es geschehen, daß im nächsten Jahre auch für den armen Lehrer ein Stückchen Brod abfällt.

Spanien. Madrid, 18. April. [In der gekrigten Cortesitzung] zog der Abg. Garcia seine Interpellation betreffend die Ablehnung der Krone Seitens des Königs Ferdinand zurück, nachdem die Regierung erklärte, daß der portugiesische Gesandte Graf v. Alte einen Brief des Königs Ferdinand erhalten, worin dieser auf eine durchaus würdige und für Spanien ehrenvolle Weise sich über die Motive seiner Ablehnung äußere. Die Interpellation des Abg. Drense betreffs Gibraltar wurde auf Wunsch des Staatsministeriums bis zum nächsten Sonnabend vertagt. — In der nächsten Woche werden Gesetze über den Volksunterricht und öffentliche Arbeiten eingebracht. Man hofft, die ganze Verfassung werde bis zum 15. Mai votirt sein. — Die Cortes haben den Marineminister Topete bevollmächtigt, die Flotte auszurüsten und alle disponiblen Kriegsschiffe nach Cuba zu senden.

Portugal. Lissabon, 18. April. [Eine Truppen-Emeute] hat stattgefunden, welche jedoch sehr bald wieder unterdrückt ist. Auch in Mafra haben Unruhen stattgefunden. (W. T.)

Danzig, den 20. April.

* [Schwurgerichts-Verhandlung.] In der Sitzung am 17. d. wurde über die Meineids-Anlage wider den hiesigen Hausbesitzer v. Barpart verhandelt. Derselbe war angeklagt: 1) am 16. Mai 1868 in der Prozeßsache Lessheim wider ihn vor dem hiesigen Bagatellrichter wissenschaftlich einen falschen Eid abgelegt, 2) später seine als Zeugin vorgeschlagene Schwägerin, die Wittwe Catharina v. Barpart, zum Meineide zu verleiten versucht und 3) am 30. November 1868 den Polizeidiener Endrigkeit durch Bestechung zu einer pflichtwidrigen Handlung zu bewegen versucht zu haben. Der Staatsanwalt ließ in Betreff des wissenschaftlichen Meineids selbst die Anklage fallen, beantragte dagegen wegen der versuchten Verleitung zum Meineide und der Beamtenbestechung das Schuldig, welches von den Geschwornen denn auch in diesen beiden Punkten ausgesprochen wurde. Wegen des ersten Punktes lautete ihr Wahrspruch auf Nichtschuldig. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 2 Jahren Zuchthaus. — Der Arbeiter Alexander Zielinski von hier hat dem Arbeiter Romkowski zu St. Albrecht durch Erbrechen eines Käftens mehrere Sachen von geringem Werthe und 17 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Geld gestohlen. Er wurde seinem Geständnisse gemäß ohne Zuziehung von Geschwornen, unter Annahme mildernder Umstände, zu 9 Monaten Gefängnis und Interdiction verurtheilt. — Der Maschinbauer August Carl Maselowski von hier wurde wegen Münzfälschung seinem Geständnisse gemäß ohne Zuziehung von Geschwornen zu 5 Jahren Zuchthaus und 1 Jahr Polizeiaufsicht verurtheilt. — Die Anklage wider den Getreidemüller Frost und dessen abgewidene Ehefrau wegen Münzverbrechen wurde in gekrigter Sitzung vertagt.

* [Gerichtsverhandlung am 19. April.] Der frühere Buchhalter in dem Geschäft des verstorbenen Stadtrath Hahn S. T. Wendt, war des strafbaren Eigennuzes angeklagt, weil er bei der Fortschaffung der von jenem Geschäft der R. Bank verpfändeten Hölzer mitgewirkt haben soll. Der Angeklagte behauptete lediglich im Auftrage seines Prinzipals gehandelt zu haben, dessen Berechtigung zu dieser Handlungsweise er zu prüfen nicht befugt gewesen sei. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. [Im Handwerkerverein] erschien gestern während der Verhandlungen der Vorsitzende des Berliner Handwerkervereins, Hr. Franz Dunder. Er wurde von der Versammlung mit lebhafter Freude begrüßt, was er durch eine kurze Ansprache erwiderte, in der er zum fortgesetzten Streben für Verbreitung allgemeiner Volksbildung ermunterte. In ähnlichem Sinne antwortete der Vertreter der Berliner Ortsvereine, Hr. Landgraf, auf seine Begrüßung. — Die nächste Versammlung, an der auch Damen Theil nehmen können, wird am künftigen Sonntage stattfinden. Hr. Dr. Mannhardt hat zu derselben einen Vortrag zugesagt. * [Symphonie-Concert.] Heute Abend 7 Uhr findet im Schützenhaussaale das letzte Symphonie-Concert der Buchhölischen Capelle in dieser Saison statt.

* Aus dem Neustädter Kreise. [Feuer.] In der zur Herrschaft Neustadt gehörigen Ortschaft Eichau schlug bei dem am 16. d. Mts. stattgehabten starken Gewitter der Blitz in ein Wohngebäude ein und tödtete in einer Stube eine männliche und in der am entgegengesetzten Ende des Hauses befindlichen zweiten Stube eine weibliche Person. In beiden Zimmern hielten sich mehrere Personen auf und wurden davon außer den Getödteten nur ein Mann, dessen Kleider in Brand gerieten, verlest; die übrigen kamen mit dem bloßen Schreden davon. Ein Brand des Wohnhauses fand nicht statt, es wurden vielmehr nur in der

Spanische Staatsschuld. Anleihe

von
50 Millionen Piaster.

In Rentenscheinen der consolidirten Rente 3 pCt. ausländischen oder inländischen Rente.
Nach Belieben der Subscribern.

Die öffentliche Subscription dieser von den Cortes am 31. März d. J. bewilligten Anleihe wird unter folgenden Bedingungen eröffnet:

Wahl für die Subscribern. Dem Publikum steht im Augenblicke der Subscription die Wahl frei zwischen der consolidirten inländischen Rente 3 % und der consolidirten ausländischen Rente 3 %, beide mit Genuss vom 31. Dezember 1868 an.

Einzahlung der Coupons. Die halbjährigen Coupons sind am 30. Juni und 31. Dezember jeden Jahres fällig und werden in Piastern in Paris und London gezahlt im festen Verhältnisse von Fr. 5,40 für den Piaster in Paris und 51 Pence in London.

Emissionspreis. Der Preis der Emission beträgt:
25 1/2 % für die inländische und 29 1/2 % für die ausländische } Genuss vom 31. Dez. 1868.

Freitag, den 23. April c., und am folgenden Tage, von 9 Uhr Vormittags ab, werde ich Hundegasse No. 25 aus einem herrschaftlichen Nachlasse: mahagoni Bureau, Schränke, Tische aus vollem Holz, 1 Speisetisch à 24 Couv., Bettgestelle, 1 Garderobenschrank, Rohr- und Polsterstühle, Spiegel in Mahagoni- und Bronze-Rahmen; ferner eine Auswahl von engl. Tafelgeschirr: Speise-, Kaffee-, Thee-Service, 1 Tischgarnitur in engl. Plate, 4 plattirte Leuchter, ferner: Teppiche, Matrasen, Haus- und Küchengeräth und sonst Nützliches, mit zweimonatlicher Credit-Bewilligung für bekannte Käufer versteigern, wozu mit dem Bemerkten ergebenst einlade, daß die Besichtigung den 22. April gestattet ist. (462) **Nothwanger, Auktionator.**



Der Dampfer „Ziegenhof“ fährt regelmäßig jeden Dienstag und Freitag, Morgens 8 Uhr, von Danzig nach Ziegenhof und Elbing.

Anlegeplatz: an der **Eisenwaage,** im Schäfer'schen Wasser.

Expedition zur Annahme von Gütern Schleifengasse 6, an der **Eisenwaage.**

Passagiere können auch am vorderen Fischmarkt neben den Käseböden auf und absteigen. Jede nähere Auskunft ertheilt gerne

F. Studzinski, (604) Frauengasse No. 28.

Dampfer-Verbindung Danzig—Stettin.

Dampfer „Victor“, geht Donnerstag oder Freitag von hier nach Stettin ab und hat noch Raum für Güter.

Anmeldungen werden erbeten bei **Hermann Behrent,** Brodtkantengasse 11. (616)

Privat-Unterricht in Gegenständen des kaufm. Wissens.

In den nächsten 8 Tagen gedente ich wiederum einen Curfus im Kaufm. Rechnen und demnächst in der doppelten Buchführung, verbunden mit entsprechender Correspondenz, zu beginnen. Anmeldungen hiezu nehme ich in den Vormittagsstunden entgegen.

Junge Leute, welche sich dem Bank-Fache widmen wollen, werden durch mich so weit ausgebildet, daß sie das Examen bei der Königl. Bank machen können. (493) Im April 1869.

H. Lewitz, Johannisgasse 57.

Haarzöpfe, Haar-Scheitel, Haarlocken,

halte ich in allen Farben und Längen auf Lager u. fertige zu bill. Preisen sofort, sowie jede künstl. Haararbeit sofort sauber und gut ausgeführt wird in der Haartouren-Fabrik von

Louis Willdorff, Ziegengasse No. 5.

NB. Salon zum Haarschneiden und Frisiren empfiehlt bei nur guter Bedienung

Kravatten, Schlipse, Schleifen, Shawls, Tücher, Oberhänden, Böfchen, Chemisettes, Unterhosen, Socken, Spazierstöcke, Parfümerien jeder Art, so wie in Feuer vergoldete Uhrketten, Ringe etc. etc. empfiehlt zu billigen Preisen in neuen Facons und guter Waare.

Louis Willdorff, Ziegengasse 5.

Alle Sorten Kopf-, Zahn-, Nagel-, Hut-, Kleider-, Sammet-, Vel- und Taschenbürsten, Frisir-, Toupir- u. Staubkämme empfiehlt in guter Qualität zu billigen Preisen (611)

Louis Willdorff, Ziegengasse 5.

J. W. Drescher, Schieferdeckermeister,

Danzig, Lastadie 23 24,

empfiehlt sich zu Dachdeckerarbeiten jeder Art, mit Schiefer, Dachpappe, Dachpfannen, Wüberschwänze etc. incl. Material zur prompten Bedienung und billigsten Preisen.

Wiegwaagen, zum Mastvieh wiegen, sind auf 3 Jahre Garantie vorrätzig.

Wackeroth, (585) Decimalwaagen-Fabrikant, Fleischer-gasse 88.

b. h. für 265 Piaster erhält man eine jährliche Rente von 30 Piaster (Inländische) und für 295 Piaster eine Rente von 30 Piaster (Ausländische).

Es werden nur Subscriptionen von 30 Piaster oder Multiplicatoren von 30 Piaster angenommen.

Wechsel. Der Preis der Emission ist in Franken zu erlegen, im Verhältnisse von 5 40 für einen Piaster, was eigentlich das feste gebräuchliche Verhältniß an der Pariser Börse bei Umsätzen von spanischen Fonds ist.

Einzahlungen. Einzahlungen geschehen wie folgt:

Für je 30 Piaster (Inländische)	
3 % beim Subscribiren, resp. 30 Piaster zu 5,40 Fr.	162.
7 % bei der Repartition, resp. 70 " "	378.
8 1/2 % am 25. Mai, resp. 85 " "	459.
8 1/2 % am 25. Juni, resp. 82 1/2 " "	445,50.
26 1/2 %	267 1/2 Piaster zu 5,40 Fr. 1444,50.

Für je 30 Piaster (Ausländische)	
3 % beim Subscribiren, resp. 30 Piaster zu 5,40 Fr.	162.
7 % bei der Repartition, resp. 70 " "	378.
6 % am 25. Mai, resp. 60 " "	324.
8 1/2 % am 30. Juni, resp. 85 " "	459.
4 1/2 % am 1. August, resp. 47 1/2 " "	256 50.
29 1/2 %	292 1/2 " " " " 1579,50.

*) Diese Einzahlung wird durch den fälligen Coupon von 1 1/2 % resp. 15 Piaster oder 81 Franken auf Fr. 378 reducirt.

Inhaberscheine. Die Interimsinhaberscheine werden von den Subscribern im Augenblicke der Repartition bezogen.

Disconto. Nach geschahener Repartition wird den Subscribern, welche die nicht fälligen Termine vorausbezahlen, ein Disconto von 5 % pr. Jahr zu Gute gerechnet.

Verzögerungszinsen. Verspätete Einzahlungen sind einem nach dem Zinse der Rentenscheine berechneten Zinse unterworfen.

Tage der Subscription. Die Subscription wird am Donnerstag den 22. April in Paris, London, Madrid, Amsterdam, Hamburg, Frankfurt, Brüssel und Antwerpen eröffnet und wird überall den nächsten Tag, 23. April, Abends, geschlossen.

Man subscribirt: in Paris an der Banque de Paris (anonyme Gesellschaft, Capital 25 Millionen) 11 bis Rue St. Arnand.

Man unterzeichnet gleichfalls: in Frankfurt a. M. bei den Herren **Gebrüder Sulzbach,** in Berlin bei den Herren **Müller & Cie.,** in Hamburg bei den Herren **Frege & Cie.,** in Amsterdam bei den Herren **Lippmann, Rosenthal & Cie., Wertheim & Gumpertz.**

Einzahlungen oder einzuschicken an die Banque de Paris: 162 Fr. für 30 Piaster Rente, 324 " " 60 " " " " 486 " " 90 " " " " 648 " " 120 " " " " und so weiter. NB. Man beliebe anzuzeigen, ob man Inländische oder Ausländische Rente zu nehmen wünscht. (587)

Frühjahrs-Mantelettes und Paletots
empfehlen
in großartigster Auswahl
zu auffallend billigen Preisen
Peril, Langgasse 70.

Zur Frühjahrs-Saison

empfehle einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum mein reich assortirtes Lager von Seiden-, Filz- und Stoffhüten etc. zur geneigten Beachtung. Reparaturen aller Art, als: Modernisiren, Waschen, Färben der Hüte besorge schnell und billig.

August Skade,

vorm.: Theodor Specht, Breitgasse No. 63.

Preussische Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie

zum Besten der Invaliden und Hinterlassenen aus den Befreiungskämpfen der Jahre 1848-1851 und 1864.

Kaufloose zur 4. Klasse, welche am 28. April gezogen wird, offeriren à 2 Thlr. **Meyer & Gelhorn, Danzig,** Haupt-Collecteure für Ost- und Westpreußen.

Preussische Hagel-Versicherungs-Actien-Gesellschaft.

Grundkapital 1 Million Thaler, emittirt 750,000 Thlr.

Dieselbe versichert Bodenerzeugnisse gegen Hagelschäden. Die Prämien sind fest und billig. Nachschüsse werden niemals erhoben. Die Schäden werden wie in früheren Jahren unter Zuziehung von Landesdeputirten coulant regulirt und prompt ausgezahlt.

Versicherungsanträge nehmen hier auf die Herren: **Th. Lesmer, Aug. Schwaan, C. S. Doering, Lauser & Wils, Hoppenrath & Muscate,** sämtliche Agenten in der Provinz, sowie der General-Agent

Leop. Schwartz, Danzig,

Comtoir: Langenmarkt No. 18.

Total-Ausverkauf.

1500 Ballon-Laternen

in verschiedenen Größen, zu

Garten-Illuminationen,

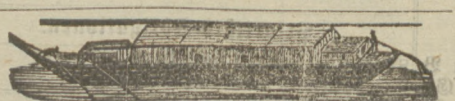
bedeutend unter dem Einlaufpreise, (602) empfiehlt

Rudolph Blum,

Marktanschegasse 8.

Belzachen jeder Artgattung werden für den Sommer zur Aufbewahrung u. Reparatur angenommen. (586) **J. Auerbach, Langgasse 26.**

Frische Silberlachse, fetten Räucherlachs, mar. Lachs in 1/2 Lo. à 2 Rg. incl. (516) versendet prompt unter Nachnahme **Brunzen's See Fisch-Handlung, Fischmarkt 38.**



Schiff Carl Spitze ladet mit seinem Kahn 1. Klasse nach Nafel, Landsberg a. W., Cüstrin etc. bis Berlin und Magdeburg. Güter-Anmeldungen werden schleunigst erbeten. **A. E. Piltz,** Schäferlei No. 12. (554)

Meine Wohnung und Comptoir befinden sich jetzt

Boggenpfehl 17 u. 18 (599) **Carl Buleke.**

Frischer Caviar ist zu haben Karpfenseigen 21.

100 Stück fette Hammel stehen zum Verkauf in Braunsvalde pr. Marienburg. (484)

Associé-Gesuch. Zur Gründung eines rentablen Geschäfts wird ein Associé mit einem Capital v. 2-3000 Thlr. gesucht. Näheres unter No. 595 in der Expedition dieser Zeitung.

Ein junges Mädchen sucht eine Stelle als Verkäuferin in einem Laden. Adressen werden unter No. 1000 durch die Exped. d. Btg. erbeten.

Ein Secundaner des Gymnasiums wünscht gegen freie Station kleineren Kindern Nachhilfestunden zu ertheilen. Adressen werden erbeten sub lit. 591 durch die Expedition dieser Zeitung.

Ein Mühlenverwalter, Mühlenverwalter oder Mehlhandlungs-Disponent, der Caution stellen kann, sucht eine Stelle. Gef. Abr. unter 592 durch die Expedition dieser Zeitung.

Ein junger Mann, welcher bereits 16 Jahre im Holz-Geschäft fungirt, sucht umgehend Engagement. Gef. Abr. werden erbeten unter 596 durch die Expedition dieser Zeitung.

Ein Kaufmann, der gute Connektionen in England hat, sucht zur Begründung eines Getreide-Export-Geschäfts einen Compagnon mit Capital. Abr. unter Nr. 548 durch die Expedition dieser Zeitung.

Ein Wirthschafts-Inspector, der mehrere Jahre in größeren Wirthschaften thätig gewesen, sucht von jogleich, oder auch von Johanni c. eine Stelle. Zu erfragen beim Hofbesitzer C. Mielke in Sellnow bei Kl. Anterholz.

Ein Post-Expeditions-Gehilfe für den Ort wird sofort zu engagiren gewünscht. Meldungen nebst Angabe des Gehalts werden unter F. 100 Danzig poste restante erbeten.

Eine sichere Hypothek erster Stelle von R. 2000 ist mit dem den Kosten einer neuen Beschreibung gleich kommenden Verlust zu cediren. Näheres unter No. 583 in der Expedition dieser Zeitung.

6000 R. à 5 % pup. sich. w. j. 1. Stelle a. e. ländl. Best. v. ca 5 Huf. Bod. später gesucht. Adressen unter No. 597 in der Expedition dieser Zeitung.

Wairtrauf täglich frisch von gutem alten Rheinwein und frischen Kräutern empfindlich zum allerbilligsten Preise

C. H. Kiesau, Hundeg. 119.

Vier Wander-Vorträge

von **Prof. Dr. Ludw. Eckardt**

im Saale des Gewerbehauses

Abends 7 Uhr.

I. Vortrag: Donnerstag, 22. April: Börne und Heine. (Ein Zeitbild.)

II. Vortrag: Sonnabend, 24. April: Robert Schumann und das junge Deutschland in der Musik.

III. Vortrag: Dienstag, 27. April: Kaulbach.

IV. Vortrag: Donnerstag 29. April: Luther und Loyola.

Eintrittskarten für einzelne Vorträge zu 15 Gr., Abonnementskarten für alle vier Vorträge (numerirte Sitzplätze) zu 1 Rg. 20 Gr. sind in der **L. Saunier'schen Buchhandlung, A. Scheinert,** zu haben. (296)

Danziger Stadttheater.

Mittwoch, den 21. April **keine Vorstellung.**

Donnerstag, den 22. April 1869. (Ab. susp.)

Zum zweiten Male: **Die Großherzogin von Gerosstein.** Romische Oper in 3 Acten und 4 Bildern v. S. Weibach und L. Galévy. Musik von Offenbach.

Selonke's Etablissement. Täglich große Vorstellung und Concert.

Druck und Verlag von **H. W. Rasemann** in Danzig.